

# Der Einwohnerantrag und die Gemeindeversammlung nach Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

## Der Einwohnerantrag "BUNDESGEMEINDE"

Die rechtliche Kennzeichnung der Ortschaft (*Gemeinde*) als international anerkanntes Friedensgebiet, wandelt die private *Kreisgemeinde* in eine öffentlich-rechtliche **BUNDESGEMEINDE**, was der Gemeinde den Zugriff auf bundesstaatliche Fördermittel ermöglicht.

## Der Einwohnerantrag "WEA"

So verhindern die Anwohner mit der natürlichen Person über den Einwohner der Gemeinde die Planung und den Bau von Windenergieanlagen und ermöglichen den Rückbau auf Kosten der Betreiber.

### GESETZLICHE GRUNDLAGEN

GRUNDGESETZ Art. 28, 31, 70, 72, 79, 116 Abs. 2 S. 2, 123, 139  
BGB § 1, ROG § 2  
Gemeindeordnung der Länder, Landesverfassungen, .u.a.

Der Einwohnerantrag ist ein legislativer Beschluss, welcher sich mit einer Angelegenheit befasst und die legislative Gemeindeversammlung ist die beschlussfähige mündliche Sitzung mit einfacher Mehrheit für eine oder mehrere "Sachen".

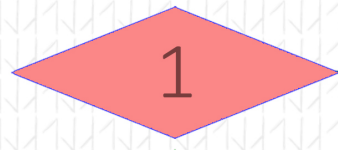
Einwohnerantrag und Gemeindeversammlung sind direct-politische Instrumente und beauftragen die gesetzesausführende Gewalt bindend.

[www.lightrebels.net](http://www.lightrebels.net)

- directe Demokratie ✓
- Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip ✓
- mündige Bürger und Selbstbestimmung ✓
- 100% Grundgesetzkonform ✓
- souveräne Gemeinde ✓

Bei Verweigerung, Blockade, Verschleppung oder Sabotage in der Angelegenheit durch Kreis-, Stadt-, Gemeindeverwaltung und oder Gemeindevertretung umgehend nach § 7 VStgB beim BUNDESKRIMINALAMT Anzeige erstatten.

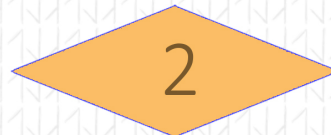
Registerrecht  
Vertragsrecht  
Privatrecht  
Max Muster  
öffentlich-rechtlich  
MUSTER, MAX



### SCHRITT 1

- Herbeiführung der benötigten Öffentlichkeit durch 3 PERSONEN, welche in der Angelegenheit als Initiatoren und Ansprechpartner für Anwohner und Gemeindeverwaltung agieren.
- Der Einwohnerantrag formuliert Inhalt und Art der Angelegenheit.
- Was genau soll die Gemeinde umgesetzt?

Der gesetzgebende Beschluss - der Einwohnerantrag - kann durch die Gemeindeversammlung - als gesetzgebende Versammlung - angenommen oder abgelehnt werden.



### SCHRITT 2 directe Abstimmung oder das Quorum erfüllen

- A - Einberufung der GEMEINDEVERSAMMLUNG zur direkten Abstimmung über die Angelegenheit des Einwohnerantrages.  
Die einfache Mehrheit macht die Angelegenheit zum legislativen Beschluss.
- B - Das benötigte Quorum an Unterschriften macht die Angelegenheit des Einwohnerantrages zu einem legislativen Beschluss für die Gemeindeverwaltung.
1. Ausdrucke und Kopien anfertigen
  2. Unterschriften der Anwohner einholen
  3. Quorum erfüllen

### SCHRITT 3

bei A - Die Mehrheit entscheidet während der einberufenen GEMEINDEVERSAMMLUNG direct über die Angelegenheit des Einwohnerantrages und erwirkt durch Zustimmung oder Ablehnung einen legislativen Beschluss. Schaffen es die Initiatoren eine einfache Mehrheit in der GEMEINDEVERSAMMLUNG zu organisieren, gilt die Angelegenheit bei der Gemeindeverwaltung als ein zur Umsetzung eingereichter öffentlich-rechtlicher Auftrag.

bei B - Kopien von den Ausdrucken mit den Original-Anwohner-Unterschriften anfertigen und der Gemeindeverwaltung als legislativen Beschluss mit Empfangsbekanntnis übergeben und ggf. eine Gemeindeversammlung in der Angelegenheit einberufen, um das Quorum mit einfacher Mehrheit zu stützen.  
*Nicht notwendig bei erreichtem Quorum.*  
*Birgt die Gefahr, dass das erreichte Quorum durch einfache Mehrheit überstimmt wird, kann aber auch die Angelegenheit stützen- je nach dem ob mehr Befürworter oder Gegner in der Angelegenheit bei der GEMEINDEVERSAMMLUNG anwesend sind.*



# Die gesetzlichen Friedenswege im deutschen Rechtssystem

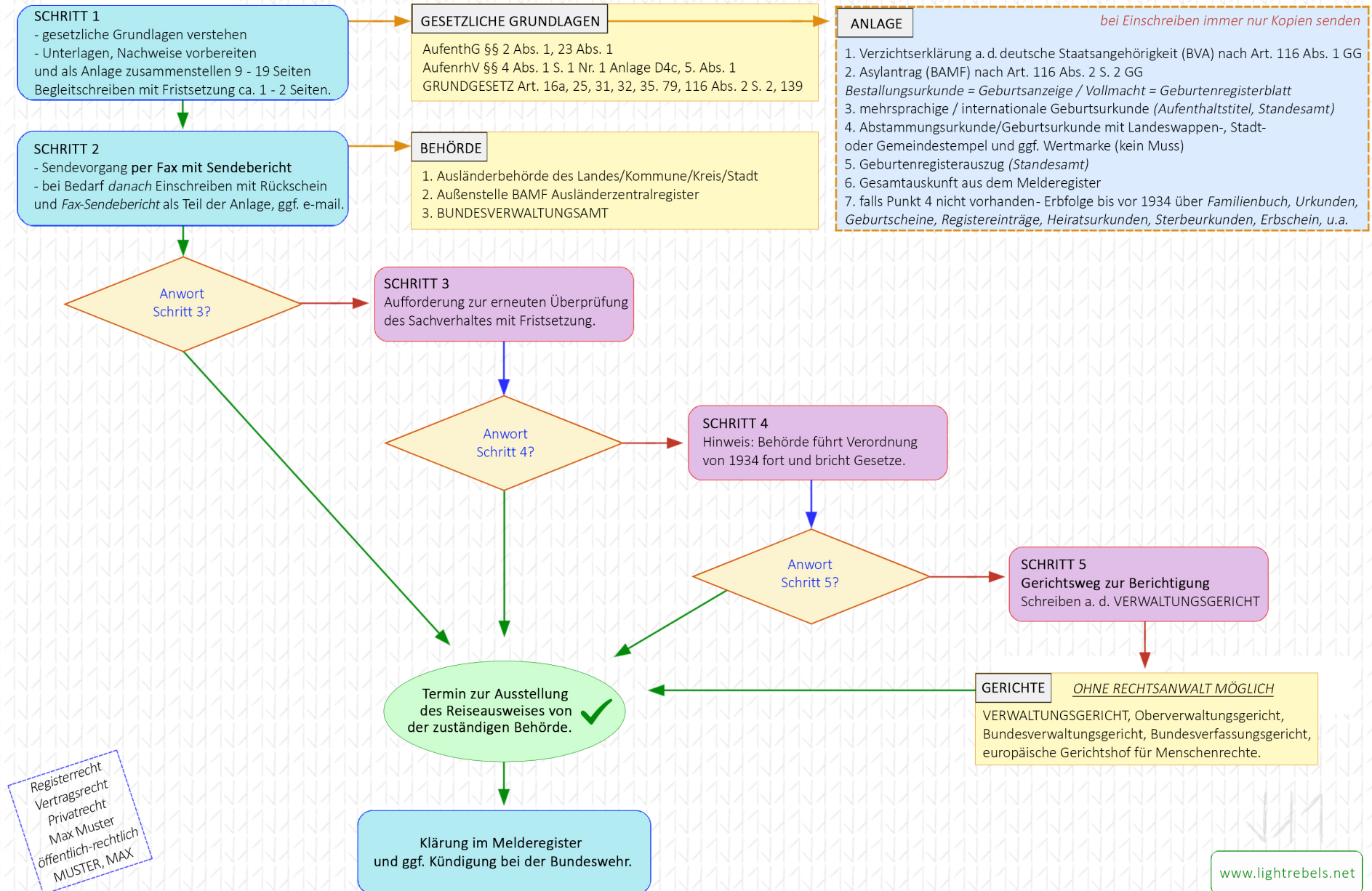
• LÖSUNGEN • <a href="#">Informationen</a>	PERSONENSTAND <i>Einzelfall</i>	GEMEINDE <i>Anwohner</i>	BUND & LÄNDER <i>Beflaggung</i>	GRUNDBUCH <i>Amtsgericht</i>
Mensch vs. PERSON <a href="#">LINK</a>	Frühere deutsche Staatsangehörige nach Artikel 116 Absatz 2 GG <a href="#">LINK</a>	Die selbstbestimmte Gemeinde nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 GG <a href="#">LINK</a>	Die gesetzliche Bundesflagge von 1996 schwarzfarbig, rotfarbig, goldfarbig <a href="#">LINK</a>	Grenzstein, Liegenschaft und Grundstück <a href="#">LINK</a>
Juristerei verstehen <a href="#">LINK</a>	Die gebührenfreie Bescheinigung nach Art. 116 Abs. 2 Satz 2* <a href="#">LINK</a>	Der Einwohnerantrag ist ein gesetzlicher Auftrag von den Anwohnern an den Gemeinderat <a href="#">LINK</a>	Das amtliche Bundeswappen von 1952 schwarz-, rot- und goldfarbig <a href="#">LINK</a>	Welcher Name, welche Namensdarstellung ist als Eigentümer für das Grundstück eingetragen?
Weltfrieden mit Patentfreigabe <a href="#">LINK</a>	Das gesetzliche Auslandsstatut im deutschen Wirtschaftsgebiet nach § 2 (1) des Aufenthaltsgesetzes <a href="#">LINK</a>	Die private Kreisgemeinde wird BUNDESGEMEINDE und erhält bundesstaatliche Fördermittel <a href="#">LINK</a>	private Billigflagge nach der ITF <a href="#">LINK</a> Privatflagge Haus Reuß <a href="#">LINK</a>	Ist ein Privatname oder der öffentlich rechtliche Name (Ausweis-, Passname) als Eigentümer eingetragen?
Das gesamtdeutsche Dach <a href="#">LINK</a>	Verzichtserklärung auf die deutsche Staatsangehörigkeit (BVA) <a href="#">LINK</a>	Die Beflaggung der Ortschaft als Friedensgebiet <a href="#">LINK</a>	Privatgebiet oder öffentlich rechtliches Staatsgebiet?	Nur der öffentlich rechtliche Name bietet staatlichen Schutz vor Enteignung, Zwangsäumung.
Das GRUNDGESETZ <a href="#">LINK</a>	Der Reiseausweis für Ausländer nach § 4 der Aufenthaltsverordnung <a href="#">LINK</a>	Die Gemeindeversammlung ist die mündliche, der Einwohnerantrag die schriftliche Möglichkeit der Subsidiarität für die Anwohner.	Beflaggung an öffentlichen Gebäuden. Kriegs- oder Friedensbeflaggung? <a href="#">LINK</a>	Nur der öffentlich rechtliche Name bietet dem Anwohner Rechtssicherung von Hab und Gut, Besitz und Wohnort (Grundstück).
100 Fragen <a href="#">LINK</a>  Irp Videos <a href="#">LINK</a>	Frühere deutsche Staatsangehörige sind die Staatsangehörigen in den deutschen Ländern und Ausländer im deutschen Wirtschaftsgebiet.	Die Beflaggung der Ortschaft und Gemeinde als Friedensgebiet beendet den weltweiten juristischen Kriegszustand von 1914.	Sonderstatus BERLIN *Seite 936 Verfahrenshinweise zum Aufenthalt in Berlin. Staatsangehörigkeitsrechtliche Wiedergutmachung <a href="#">LINK</a>	Ist der öffentlich rechtliche Name MUSTER, MAX als Eigentümer des Grundstückes eingetragen, entfällt die Grundsteuer.
You Tube Videos <a href="#">LINK</a>	Einzelfallentscheidung, Asylantrag für die Ausländerbehörde des Landes <a href="#">LINK</a>	Der ewige Landfriede <a href="#">LINK</a>	=> Die gebührenfreie Bescheinigung nach Art. 116 Abs. 2 Satz 2 GG führt zum Reiseausweis für Ausländer <a href="#">LINK</a>	MUSTER, MAX oder Max Muster? Öffentlich rechtlich oder Privatname? Wer ist Eigentümer der Namen? <a href="#">LINK</a>
L R P <a href="http://www.lightrebels.net">www.lightrebels.net</a>	REISEAUSWEIS FÜR AUSLÄNDER	gelebte SUBSIDIARITÄT	DIE AMTLICHE UND GESETZLICHE BEFLAGGUNG	VERSTAATLICHUNG VON GRUNDSTÜCKEN

# Die gesetzlichen Grundlagen für Staatsangehörige in den deutschen Ländern

<p><u>Bürgerliches Gesetzbuch</u> BGB § 1 Beginn der Rechtsfähigkeit</p> <p>Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.</p> <p><b>Die natürliche Person als Mensch mit Rechtsfähigkeit; Rechtssubjekt im Personenrecht haftet als Inhaber (gesetzlicher Vertreter) für juristische Personen.</b></p> <p>Familienname: <b>M u s t e r (Muster)</b> Vorname: Max</p> <p><b>Muster</b>, Max ist kodifiziert als MAX MUSTER (Pfändungsschutz-Konto; juristische Person; Girokonto der natürlichen Person)</p>	<p><u>EGBGB</u> Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche</p> <p>Artikel 5 Absatz 1 Personalstatut Artikel 7 Absatz 1 Rechts- und Geschäftsfähigkeit. Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 Abstammung Artikel 22 Annahme als Kind Artikel 43 Rechte an einer Sache Artikel 46 Wesentlich engere Verbindung Artikel 59 <u>Familienfideikommiss</u> Artikel 62 Rentengüter Artikel 73 Regalien Artikel 76 Vertragsrecht Artikel 99 Sparkassen</p> <p><b>MAX MUSTER ist die PASSIVA von MUSTER, MAX</b></p>	<p><u>Haager Landkriegsordnung</u> HLKO Artikel 24</p> <p>Kriegslisten <i>und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen</i>, sind erlaubt.</p> <p><i>Die Fortführung der NS-Einheitsstaatsangehörigkeit von 1934 über Art. 116 Abs. 1 GG wird als Kriegslist gewertet.</i> <i>Den Personen wird suggeriert, es handele sich um ein demokratisches Bürgerrecht, während es de facto das "Personal" einer Handelsflotte (Art. 27 GG) unter Kriegsrecht / Vertragsrecht konstituiert.</i></p>	<p><u>Völkerstrafgesetzbuch</u> VStGB § 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit Absatz 1 Satz 8.</p> <p>(1) Wer im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung</p> <p>8. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in <u>§ 226 des Strafgesetzbuches</u> bezeichneten Art, zufügt, wird ... mit Freiheitsentzug ... bestraft.</p> <p><u>Strafgesetzbuch</u> StGB § 81 Hochverrat gegen den Bund (<b>Briefkasten MUSTER, MAX sonst § 81</b>)</p>	<p><u>Raumordnungsgesetz</u> ROG § 2 Grundsätze der Raumordnung</p> <p>Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern ... .</p> <p><u>Landesverfassung für Rheinland Pfalz</u> LVRP Artikel 1</p> <p>Der Mensch ist frei.</p> <p>=&gt; <i>Rechtsnachfolge von: Art. 10 Der bürgerliche Tod findet nicht statt. Preuß. Verfassung 1850 u.v.m unter <a href="http://www.lightrebels.net">www.lightrebels.net</a></i></p> <p><i>Führt das Grundbuchamt die öffentlich rechtlichen Parameter?</i></p> <p><i>Führt das Melderegister die öffentlich rechtlichen Parameter?</i></p>
<p>Öffentlich rechtliche Parameter</p> <p>Name: Muster =&gt; MUSTER Vorname: Max =&gt; MAX</p> <p>Wo kommen diese vor? Sozialversicherung, internationale Geburtsurkunde, Reiseausweis, Personalausweis, Reisepass;</p>	<p><u>Grundgesetz</u> GG Artikel 116 Absatz 2 Satz 2</p> <p>Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.</p>	<p><u>Grundgesetz</u> GG Artikel 14 Absatz 2</p> <p>Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.</p> <p><i>Wer ist Eigentümer der juristischen Person für welche deine natürliche Person haftet?</i></p>	<p><u>Grundgesetz</u> GG Artikel 28 Absatz 2 Satz 1</p> <p>Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten ... in eigener Verantwortung zu regeln. =&gt; <u>Einwohnerantrag</u> =&gt; <u>gesetzliche Grundlagen</u></p>	<p><u>Grundgesetz</u> GG Artikel 79</p> <p>Ewigkeitsgarantie</p> <p>Grundgesetz GG <u>Artikel 23</u></p> <p>Die Individualisierung und Erweiterung des Geltungsbereichs.</p>
<p><u>Staatsangehörigkeitsgesetz</u> StAG § 3 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.</p> <p>3. Annahme als Kind (ab den 1. Januar 1977) das Kind trägt die deutsche StAG von 1934.</p>	<p><u>Staatsangehörigkeitsgesetz</u> StAG § 26 Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit.</p> <p><u>BVA Verzichtserklärung</u> für Staatsangehörige in den deutschen Ländern.</p>	<p><u>Aufenthaltsgesetz</u> AufenthG § 2 Begriffsbestimmungen</p> <p>(1) Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist.</p> <p><u>BAMF Asylantrag</u></p>	<p><u>Aufenthaltsverordnung</u> AufenthV § 4 Deutsche Passersatzpapiere für Ausländer</p> <p>§ 5 Absatz 1 !!</p> <p><u>Anlage</u> Reiseausweis für Ausländer</p>	<p><u>Die Staatsangehörigen in den deutschen Ländern nach § 1 sind die nicht-ausgebürgerten früheren deutschen Staatsangehörigen nach Artikel 116 Absatz 2 Satz 2 GG</u> <u>Innenministerium Punkt 3, 6.5</u></p>



# Der Reiseausweis für Ausländer für Personen nach Art. 116 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz



## Der Reiseausweis für Ausländer

Staatsangehörige in den deutschen Ländern sind nicht-ausgebürgerte frühere deutsche Staatsangehörige nach Artikel 116 Absatz 2 Satz GG, politisch Verfolgte nach Artikel 16a GG und nach § 2 Absatz 1 AufenthG Ausländer und keine Inländer im deutschen Wirtschaftsgebiet.

### gesetzliche Grundlagen und Verordnungen

<a href="#">AufenthG § 2</a> (1) Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist.	<a href="#">Aufenthaltsverordnung</a> § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 <a href="#">Anlage D4c</a> Reiseausweis f. A. <a href="#">AufenthV § 5 Absatz 1</a>	GRUNDGESETZ Artikel 16a, 25, 31, 35, 79, <a href="#">139</a> , <i>Einzelfallentscheidung</i> Artikel 116 Absatz 2 Satz 2	Bescheinigung nach Artikel 116 Absatz 2 Satz 2 GG <a href="#">Punkt 3, 6.5</a> <a href="#">PassV § 18</a> <a href="#">Asylgesetz § 1</a> <a href="#">StAG § 26 Absatz 1</a>	Staatsangehörigkeitsrechtliche Wiedergutmachung nach Artikel 116 Absatz 2 GG - <a href="#">Seite 948</a> <a href="#">Aufenthaltsgesetz §23 Absatz 1</a> § 68
--	---	---	---	---

### Unterlagen, Dokumente, Urkunden, Nachweise, Formulare, Begleitschreiben

<b>Benötigte Dokumente als Anlage</b> 1. Internationale Geburtsurkunde als Aufenthaltstitel ( <i>Standesamt</i> ) 2. Abstammungsurkunde oder Geburtsurkunde ( <i>Familienbuch</i> ) mit Stempel Landeswappen und Wertmarke als Nachweis für die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern.	3. <a href="#">BVA Verzichtserklärung</a> auf die deutsche Staatsangehörigkeit nach Artikel 116 Absatz 1 GG. <i>Kann prinzipiell an jede Stelle mit Bezug zur Staatsangehörigkeit geschickt werden. Amtsgericht Standesamt, BVA, Meldebehörde, oberste Landesbehörde</i> <a href="#">Staatskanzlei</a>	4. <a href="#">BAMF Asylantrag</a> wegen politischer Verfolgung nach <a href="#">Artikel 16a GG</a> .  <i>Der Inhaberzwang für inländische juristische Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit nach Artikel 116 Absatz 1 GG begründet die politische Verfolgung.</i>	<b>Begleitschreiben Inhalt</b> Staatsangehörigkeit, Asylantrag, Verzichtserklärung, Entnazifizierung, politische Verfolgung, Wiedergutmachung, gesetzliches Auslandsstatut, Anerkennung d. Personenstandes, Reiseausweis für Ausländer, Einzelfallentscheidung,	<b>anzuschreibende Behörde</b> 1. Ausländerbehörde des Landes Kommune/Kreis/Stadt. => Reiseausweis für Ausländer 2. Außenstelle BAMF <a href="#">Standorte</a> => Ausländerzentralregister 3. Bundesverwaltungsamt BVA Verzichtsurkunde, <a href="#">Bescheinigung</a>
---	--	---	--	--

### Der gesetzliche Weg zum Reiseausweis für Ausländer

<b>Schritt 1</b> Nachweise, Urkunden, Dokumente zusammenstellen, Asylantrag und Verzichtserklärung ausfüllen, Begleitschreiben <i>insgesamt ca. 9 Seiten für die</i> Ausländerbehörde BAMF und BVA.	<b>Schritt 2</b> Schreiben und Anlage abschicken <a href="#">via Fax</a> mit Sendebericht. 1. Ausländerbehörde des Landes Kommune/Kreis/Stadt. 2. Außenstelle BAMF <a href="#">Standorte</a> 3. BVA Verzichtsurkunde.	<b>Schritt 3</b> Antwort <i>positiv</i> - <i>Termin für Ausstellung des Reiseausweises.</i> => <i>dann Klärung im Melderegister</i> Antwort <i>negativ</i> - 2. Schreiben mit Aufforderung zur erneuten Überprüfung Sachverhalts.	<b>Schritt 4</b> Antwort <i>positiv</i> = <i>Termin für Ausstellung des Reiseausweises.</i> Antwort <i>negativ</i> - 3. Schreiben mit Hinweis das die Behörde u.a. die Verordnung von 1934 fortführt und das Gesetz bricht.	<b>Schritt 5</b> Antwort <i>positiv</i> = <i>Termin für Ausstellung des Reiseausweises.</i> Antwort <i>negativ</i> - 1. Schreiben an das VERWALTUNGSGERICHT, um die Behörde per Beschluss zu berichtigen => Gerichtsweg.
--	---	--	---	--

### Allgemeines und grundsätzliches

<a href="#">Grundgesetz</a> Artikel 116 Absatz 2 Satz 2 GG Sie gelten als nicht ausgebürgert, (aus den deutschen Ländern) sofern sie ... nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben z.B. DEUTSCH Art. 116 (1) GG.	<a href="#">Die Staatsangehörigen in den deutschen Ländern nach § 1</a> <b>sind die nicht-ausgebürgerten früheren deutschen Staatsangehörigen nach Artikel 116 Absatz 2 Satz 2 GG.</b>	<b>weitere Dokumente Personenstand</b> - Geburtenregistrauszug - Gesamtauskunft Melderegister - <a href="#">Esta-Auskunft BVA</a> - <a href="#">Ausländerzentralregister</a> - BAMF <a href="#">Auskunft</a> - <a href="#">L R P</a>	- Internationale Heiratsurkunde - Internationale Sterbeurkunde - nationale Geburtsurkunde - allgemeine Erbfolge durch Urkunden, Registereinträge, Archivunterlagen für den Gerichtsweg <a href="http://www.lightrebels.net">www.lightrebels.net</a>	<b>Sammelakte Geburtsstandesamt</b> - Geburtsanzeige ( <i>Krankenhaus, Bestallungsurkunde</i> ) - Geburtenbuchblatt ( <i>natürliche Person, Vollmacht</i> ) - <a href="#">Lebensbescheinigung</a> D. POST - <a href="#">POSTIDENTc</a>
---	---	--	--	--

Der Einwohnerantrag				
Die Gemeindeversammlung ist die mündliche, der <u>Einwohnerantrag</u> die schriftliche Möglichkeit der Subsidiarität für die Anwohner.				
Der <b>Einwohnerantrag</b> ist ein gesetzlicher Auftrag von den Anwohnern an die GEMEINDEVERWALTUNG	Der ANWOHNER ( <i>Allgemeinheit</i> ) agiert mit seiner <b>natürlichen</b> Person über die juristische Person „Einwohner“ völkerrechtlich.	<i>Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als international anerkanntes Friedensgebiet</i> <a href="#">LINK</a>	Die private Kreisgemeinde wird öffentlich-rechtliche <u>BUNDESGEMEINDE</u> und erhält bundesstaatliche Fördermittel.	Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als Friedensgebiet beendet den weltweiten juristischen Kriegszustand von 1914.
Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. <i>Artikel 28 GG</i>				
<b>Benötigte Dokumente</b> <u>Einwohnerantrag</u> Der Einwohnerantrag ist ein <i>legislativer</i> Beschluss von den Anwohnern an die GEMEINDE. Ist das nötige Quorum erreicht, ist der Beschluss bindend für die GEMEINDEVERWALTUNG. Die Prüfung und Umsetzung muss innerhalb von 3 Monaten erfolgen.	<b>gesetzliche Grundlagen</b> <u>Bundesebene</u> BGB § 1, ROG § 2 Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 Abs. 2 Satz 2, 123, 139 <u>Landes- und Gemeindeebene</u> Gemeindeordnungen der Länder, Landesverfassungen, <u>Einwohnerantrag-gesetzliche-grundlagen.pdf</u>	<b>völkerrechtliche Kennzeichnung</b> <u>Beispiel Ortseingang</u> Bundesflagge von <u>1996</u> Bundeswappen von <u>1952</u> Kennzeichen D von 1910 Gemeindewappen zentriert auf der weißer Flagge, Ortstafel, <u>Grenzstein</u> ,	<b>Allgemeines</b> <i>Die Gemeindeversammlung ist ein direktdemokratisches Organ mit legislativer Beschlusskraft. Es ist die direkte Zusammenkunft aller stimmberechtigter Einwohner der Gemeinde zur gemeinsamen Beratung und Entscheidung über gemeindliche Angelegenheiten, wie z.B. die Ortskennzeichnung.</i>	<i>Der Gemeinderat ist die gewählte politische Vertretungen. Die Gemeindeverwaltung ist die ausführende Gewalt (Exekutive). Der Bürgermeister kann als Fürsprecher der Angelegenheit BUNDESGEMEINDE Einfluss nehmen und die <i>gewöhnliche Gemeindeversammlung</i> einberufen.</i>
In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. <i>Artikel 28 GG</i>				
<b>Schritt 1</b> Herbeiführung der Öffentlichkeit durch 3 PERSONEN, welche als Initiatoren, Ansprechpartner und Organisatoren in der Sache gelten. a) Ausdrucke und Kopien b) Unterschriften sammeln c) Quorum erfüllen	<b>Schritt 2</b> Die Gemeindegröße ergibt das notwendige Quorum. Damit der Einwohnerantrag ein legislativer Beschluss wird, muss das Quorum erfüllt sein. <i>3% bis 10.000 Einwohner</i> <i>1,5 % über 10.000 Einwohner</i>	<b>Schritt 3</b> Übergabe des legislativen Beschlusses mit Unterschriften in Kopie und Begleitschreiben an die GEMEINDEVERWALTUNG zur Überprüfung. a) Einberufung einer <i>außerordentlichen Gemeindeversammlung</i> i.d. Sache.	<b>Schritt 4</b> Die GEMEINDEVERWALTUNG muss den Einwohnerantrag innerhalb von 3 Monaten auf <i>Form, Richtigkeit und Zuständigkeit</i> überprüfen und einen Bescheid ausstellen. Ein negativer Bescheid: <i>Die angegebene Gründe sind zu beseitigen.</i>	<b>Schritt 5</b> <b>Ein positiver Bescheid:</b> Die GEMEINDEVERWALTUNG setzt den legislativen Beschluss um. Die Ortschaft wird internationales Friedensgebiet, aus der Kreisgemeinde wird eine BUNDESGEMEINDE mit Zugriff auf das Sondervermögen (Kollateral) über die KÄMMEREI.
Die Organisation, Umsetzung und Verantwortung des Einwohnerantrages liegt bei den Anwohnern der GEMEINDE <u>L R P</u>				
Die Gemeindeversammlung ist die <i>mündliche</i> , der Einwohnerantrag die <i>schriftliche</i> Möglichkeit der Subsidiarität für die Anwohner.	<u>Anwohner am Wohnort</u> Allgemeinheit m a x m u s t e r <b>Muster, Max</b>	natürliche Person am Wohnsitz Familiennamen, Vorname = M u s t e r , M a x / <b>Muster</b> , M a x = M A X M U S T E R ( <i>kodifiziert</i> )	Einwohner in Wohnhaft juristische Person „Einwohner“ der GEMEINDE im Melderegister. <i>Muster, Max</i>	öffentlich-rechtlicher Name Name: MUSTER Vorname: MAX MUSTER, MAX